

BERLIINI SSA OLEVA LÄHETYSTÖ.

KIRJELMÄ n:o

3500/1058/41

526/2039 KD 41 v

Berliini

SSA

23

P:NÄ

SYYS

KUUTA 19 41.

26/9.41

3

VIITTAUS:

N

P:NÄ

KUUTA 19

P:TTY

n:o

7 Liettaa

VIITTAUS:

D. U. M.

19

Ulkoasiainministeriö LLE

ASIA: Liettuan itsenäisyyspyrkimykset.

Liettuan entisen Berliinin-lähettilään
eversti Skirpan minulle lähettämät, Liettuan pyrkimyksiä itsenäisyyteen Saksan-Venäjän sodan alettua koskevat asiakirjat oheenliitetään.

Ministeri: v. h. Rinmää

Asko,

Tästä nähti johtaa lyhyen yhteisen
politiikan.

A P

P R O T O K O L Nr. 35

der Sitzung des litauischen Ministerrates vom 5. August 1941

Vorsitzender: Der Kultusminister und Stellvertretender
Ministerpräsident Herr J. Ambrazevičius,

Beteiligt: Alle Minister, /die in Litauen anwesend sind/

Sekretär: Regierungsrat Dr. Sakalauskas.

Der Ministerrat nahm folgende Erklärung des Stellvertreten-
den Ministerpräsidenten entgegen:

"Die Bildung der litauischen provisorischen Regierung steht
im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Front der litauischen Aktivi-
sten. Die Front stand im ständigen Einvernehmen mit den litauischen
Aktivisten, ihrem Stabe und Führer Herrn Oberst K. Škirpa in Berlin,
dessen Tätigkeit von den deutschen militärischen und politischen
Stellen eine wohlwollende Einstellung erfuhr. Die Front der litau-
ischen Aktivisten hat während der bolschewistischen Okkupation in
Litauen insgeheim den litauischen Aufstand vorbereitet. Der Aufstand
war mit voller Intensität für den Augenblick geplant, indem die
deutsche Armee ihren Vormarsch gegen die Bolschewisten beginnt. Ge-
mäss dem vorgesehenen Plan haben die litauischen Aktivisten und
Partisane ihren Kampf gegen die Russen bereits in den ersten Kriegs-
tagen eröffnet. Die aufgestandenen Einheiten des litauischen Korps
haben ihre Waffen /am 22. Juni/ gegen ihre russisch bolschewisti-
sche Führung erfolgreich gerichtet, während die litauische Aktivi-
stenfront, gestellt an der Spitze des ganzen litauischen Volkes, be-
strebt das freie und unabhängige Litauen wiederherzustellen und un-
ter der Betonung der freundschaftlichen Beziehungen Litauens zu
Deutschland bereits am 23. Juni 9 Uhr 30 Minuten die provisorische
Regierung Litauens verkündete. Die provisorische Regierung Litauens
kam also auf Art und Weise einer Revolution, als Folge des Krieges
und Resultat des litauischen Aufstandes ins Leben. Die provisori-
sche Regierung Litauens, indem sie das Mandat von den aufständischen
litauischen Militärs, von den Partisanen-Schützen und der Front
der litauischen Aktivisten, die alle gegen die Bolschewisten kämpfen
den aktivsten Kräfte verschiedener politischer Strömungen in sich
vereinigt oder ihre Führung übernommen hatte, erhalten hat, hat bin

erster Linie auf die Befreiung des Landes hingearbeitet. Bereits in der ersten Sitzung des Ministerrates wurde das Oberkommando der litauischen Streitkräfte gebildet. Die Regierung war bemüht, in eine enge Fühlungnahme mit den Einheiten der deutschen Truppen zu treten, um das Land von den vielerorts in Litauen rasenden grausamen Banden der Bolschewiken, die stellenweise bis zuletzt noch ihr Unwesen treiben, energisch zu säubern.

Da die litauische provisorische Regierung wegen des Krieges keine Verbindung mit Herrn Oberst K.Škirpa, der von der Front der Aktivisten zum Ministerpräsidenten berufen worden war und auf dessen Ankunft in Kaunas man von Beginn der Tätigkeit der litauischen provisorischen Regierung an mit Ungeduld gewartet hat, hatte und da die litauische provisorische Regierung keine genaue Informationen über die eventuellen Vereinbarungen zwischen Herrn Oberst K.Škirpa und dem Auswärtigen Amt betr. die Schicksalsfrage Litauens besass, bemühte sich die litauische provisorische Regierung selbst, sich in eine unmittelbare Verbindung mit den zuständigen in Kaunas stationierten deutschen Militärstellen zu setzen. Bereits am Frühsorgens des 25. Juni haben sich die Vertreter der Regierung dem in Kaunas angekommenen Feldkommendanten von Kaunas General Pohl vorgestellt zwecks der Erörterung verschiedener aktuellen Angelegenheiten, die sowohl für die Regierung als auch für den Kommandant selbst vom Interesse gewesen sein konnten. Nachdem der deutsche Kriegskommandant ausdrücklich betont hat, dass er nur mit dem Bürgermeister der Stadt die Besprechungen führen dürfe, weil die Frage der litauischen Regierung ihn nicht angehe und er selbst keinen Auftrag dazu habe, beschränkte man sich auf eine blosse Informationsaussprache. General Pohl hat sein Einverständnis zur Begrüssung der in Kaunas einmarschierenden deutschen Heerestruppen durch die litauische provisorische Regierung ebenfalls verweigert. Von diesem Augenblick an konnte man schon feststellen, dass die deutsche Heeresleitung, anscheinend auf Grund der ihr erteilten diesbezüglichen Instruktionen, die litauische provisorische Regierung formell nicht anerkannte, sich an sie formell nicht gerichtet hat und, selbstverständlich, keinen Kontakt mit ihr suchte. Inzwischen bemühte sich die provisorische Regierung, alle sie interessierenden Fragen mit General Pohl zu klären und, obwohl der deutsche Kriegskommandant sich immer wieder weigerte, in die Besprechungen mit den Vertretern der Regierung formell einzugehen, nahm er jedoch in der Praxis die hervorgehobenen Wünsche, besonders auf Gebiet der Ernährung und der Organisierung der Polizei, zur Kenntnis. Auf diese Weise versuchte die Regierung mehrfach /27 - 28 Juni / mit General Pohl auch derartige Fragen zu besprechen, wie die der

Devisen, der Partisanenorganisation, Beschwerden wegen der Inbesitznahme der Güter aus den Vorratsspeichern u.s.w. Den höchsten Behörden der deutschen Militärs in Kaunas wurde eine Reihe von Denkschriften eingereicht. Es wurde gebeten die internierten litauischen Soldaten freizulassen, es wurde um die Erlaubnis gebeten, ein litauisches Korps, das sich am Kampfe gegen den Bolschewismus beteiligen würde, zu organisieren, es wurde um die Verstärkung der Säuberungsaktion im Lande gebeten, es wurde gebeten, der Regierung die Benutzung von Verkehrsmitteln und telephonische Verbindung mit der Provinz zu bewilligen. Jedoch wurde nur einem kleinen Teil von diesen Wünschen entsprochen. Dafür wurde fortlaufend mehr Schwierigkeiten in den Weg gelegt, So zum Beispiel wurde ein Teil von Soldaten des ehemaligen litauischen Korps als Kriegsgefangene deportiert, ein anderer Teil dieses Korps wurde in Vilnius in eine einfache Polizei umgewandelt, ohne dazu die kleinste Neigung zur Bewilligung der Bildung des litauischen Nationalkorps an den Tag gelegt zu haben, obwohl andererseits ein schriftliches Einverständnis zu ihrer Teilnahme am Feldzug gegen den Bolschewismus von den Einheiten des Korps genommen wurde. Hinsichtlich der Benutzung von Verkehrsmitteln hat die Regierung nicht nur keine Bevorzugung erfahren, sondern das Gegenteil war der Fall. In der zweiten Hälfte des Monats Juli wurden alle Automaschinen der Regierung beschlagnahmt. Zur Durchführung der Dienstpflichten hat die Regierung jedes einfachste Mittel verloren.

Wenn sie auch gar keine Post- und Telephonverbindung besass, gab die litauische provisorische Regierung die in Angriff genommene schwere Wiederaufbauarbeit nicht auf. In verhältnismässig sehr kurzer Zeit wurde der ganze vor dem 15. Juni 1940 bestandene Verwaltungapparat /die städtischen, örtlichen und Gemeindeverwaltung/ wiederhergestellt, die Polizei organisiert, eine Reihe von Gesetzen, durch die die zur Zeit der bolschewistischen Okkupation vorgenommenen Änderungen und Verordnungen zunichtegemacht wurden, wie etwa das vom Ministerrat angenommene Denationalisierungsgesetz der städtischen Häuser und Grundstücke, Denationalisierungsgesetz der Handelsbetriebe und der Betriebe der öffentlichen Ernährung, Denationalisierungsgesetz der Industriebetriebe, Gesetz über die Ordnung der Grund- und Bodenverwaltung, Änderung des litauischen Gerichtsverfassungsgesetzes, die Universitäts- und Schulengesetze u.a. erlassen.

Diese Tätigkeit der Regierung war ganz und gar noch dadurch erschwert, indem man die Hauptverordnungen und Gesetze weder durch den Rundfunk noch durch die Presse, die bereits vom 25. Juni den Deutschen unterstellt worden waren, veröffentlichen durfte.

✓ Ebenso wurde von der deutschen Kriegszensur, die an der deutschen Kriegskommandantur errichtet wurde, von den ersten Tagen ihrer Wirkung an jede Veröffentlichung unterdrückt, die nur etwas gemeinsames mit dem Namen der Regierung hatte. Nur auf elementarster Multiplikationsweise konnte die Regierung durch die aus der Provinz kommenden Leute auf Privatweg das Land über die Tätigkeit der Regierung sehr schwach informieren. Im grossen ganzen war die Regierung von der Öffentlichkeit getrennt; man hatte keine Mittel zur Gestaltung der öffentlichen Meinung.

✓ Die deutschen militärischen Stellen waren bemüht, die litauische provisorische Regierung auch weiterhin zu ignorieren oder sie bewusst zu umgehen, obwohl die Zusammenarbeit in wirtschaftlicher Hinsicht, wie es den deutschen Stellen nicht einmal gelegentlich zum Ausdruck gebracht wurde, für die Deutschen nur vom Nutzen gewesen wäre. Freilich pflegte man deutscherseits die verschiedenen Ministerien durch deutsche Militärbeamten aus verschiedenen Gebieten mit verschiedenen Wünschen und Forderungen aufzusuchen. Litauischerseits bemühte man sich immer, den Wünschen hundertprozentig zu entsprechen. Die anfangs Juli angekommene Wirtschaftsleitung /Wirtschaftskommando/ hat ihr systematisches Interesse, soweit es für sie vom Nutzen war, für die Weisungen, Bedienungen und Hilfe einzelner Ministerien gezeigt. Dasselbe ist von der siebenten Abteilung /Kriegsverwaltung/ des Stabes von General Rock zu sagen, deren Führung alle Minister am 10.-11. Juli zu sich zwecks des Kennenlernens der Arbeit der Minister berufen hatte. Nachdem die praktische Verbindung auf diese Weise hergestellt wurde, weigerte man sich jedoch deutscherseits bewusst, in einen offiziellen Kontakt mit der Regierung zu setzen. Im Gegenteil. Die Regierung hatte bereits in den letzten Tagen des Monats Juli erfahren, dass für den Ministerpräsidenten K.Škirpa in Berlin, der die Front der Aktivisten ins Leben gerufen hat, der Hausarrest verhängt wurde. Vergeblich war die Mitte Juli durch den General von Rock gerichtet Bittschaft des in Kaunas wirkenden Stabes der Front der litauischen Aktivisten, in der man um das Einverständnis für die Rückkehr des Obersten K.Škirpa nach Litauen ersuchte. Dies Schreiben, in dem man zugleich dem Führer des Reiches für die Befreiung dankte, blieb klanglos. Dem Ausserminister der litauischen provisorischen Regierung R.Škipitis wurde die Rückkehr nach Litauen ebenfalls nicht gestattet.

2 Daher konnte die litauische provisorische Regierung die ganze Zeit weder die offiziellen Beziehungen mit entsprechenden deutschen Stellen pflegen noch sich mit den in Berlin getrennten einzelnen Mitgliedern der Regierung in Verbindung setzen. So lebte

die Regierung eine Zeit der Ungewissheit.

Einiges klärte sich auf und man trat in eine neue Phase der Beziehungen Litauens zu Deutschland nach der Rückkehr des Generals Raštikis aus Berlin durch ein spezielles deutsches Flugzeug am 28.6.

Die deutsche Einstellung zur Frage Litauens geht hervor aus den Privatbesprechungen, die General Raštikis am 30. Juni und am 1. Juli mit dem zusammen mit ihm aus Berlin für die politischen Angelegenheiten entsandten Beamten des Reichsministeriums Dr. Greefe hatte, sowie aus den Besprechungen, die ich und später /am 12. Juli, Dr. Z. Ivinskis mit Dr. Kleist, der in der Dienststelle von Ribbentrop tätig ist, gehabt haben. In der am 1. Juli stattgefundenen Besprechungen zwischen dem General Raštikis und Dr. Greefe hat der letztere erklärt, dass die litauische provisorische Regierung ohne das Einvernehmen mit den Deutschen gebildet worden sei. In dieser Form sei sie für die Deutschen unerwünscht, ungeachtet dessen, dass man nichts gegen die einzelnen Personen einzuwenden habe. Die gegenwärtige litauische provisorische Regierung solle sich selbst in ein Nationales Komitee oder einen Nationalrat an der deutschen Militärverwaltung umbilden. Unter der Betonung, dass die Deutschen genug Mittel besäßen, um die litauische provisorische Regierung zu liquidieren, und unter der ausdrücklichen Akzentuierung des deutschen Willens, keinen Konflikt mit den Litauern zu haben, gab Dr. Greefe der litauischen Regierung den Rat, sich selbst in ein Komitee oder einen Rat umzubilden. Auf Vorschlag des Dr. Greefe sollte dies bis zum Abend des 1. Juli geschehen, worauf er unter ausdrücklichere Betonung dies hinzufügte, was die einzelnen Mitglieder der Regierung seitens der deutschen Funktionäre mehrmals zu hören hatten, nämlich: bis zum Ende des Krieges, der die Deutschen vor so schwere und grosse Aufgaben stelle, könne über das Schicksal Litauens nicht entschieden werden. Dabei pflegt man es manchmal zu betonen, dass die endgültige Regelung der litauischen Frage in dem Sinne erfolgen werde, der für die Litauer annehmbar sei. Fast dieselben Gedanken, die den Ausführungen des Dr. Greefe nahe stehen, hat Dr. Kleist mir und dem Prof. Ivinskis am 12. Juli hervorgehoben und hinzugefügt, dass die litauische provisorische Regierung ihre Arbeit fortsetzen könne, denn ihr Wert sei den Deutschen klar. Falls die litauische provisorische Regierung sich an die deutschen Stellen wendet, dürfe sie nicht die Bezeichnung "Ministerium" oder den Titel des "Ministers" verwenden. Die provisorische Regierung Litauens war sich aber dessen bewusst, dass sie von der Front der litauischen Aktivisten wie auch vom ganzen aufgestandenen litauischen Volke den Auftrag zur Erhaltung der

staatlichen Unabhängigkeit erhalten hat. Im Kampf um die Unabhängigkeit hat der am patriotischsten eingestellte Teil des litauischen Volkes so viele Opfer dargebracht, daher war die Regierung überzeugt, dass sie kein Recht dazu hat, auf die staatliche Unabhängigkeit zu verzichten, wenn sie keinen Verrat an den Interessen des Volkes und des Staates ausüben will. Deswegen konnte sie den von deutscher Seite suggerierten Weg nicht einschlagen, d.h. sie durfte nicht, sich in ein Komitee oder einen Rat neben der deutschen Militärverwaltung verwandeln. Nachdem die Regierung mehrere Vertreter der litauischen Öffentlichkeit darum befragt und ihre Zustimmung für die Haltung der Regierung erhalten hat, gestützt also durch eine unzweifelhaft positive Einstellung der litauischen Öffentlichkeit ihr gegenüber, blieb die litauische provisorische Regierung an ihrem Posten und bewahrte dieselbe grundsätzliche Haltung. Dr. Greefe verreiste nach Berlin. So endeten die privaten Besprechungen über die Regierung und ihr Schicksal.

Indem Dr. Greefe oder ein anderer Funktionär aus Berlin nach Litauen nicht mehr zurückkam und indem die Regierung jede unmittelbare Information über die Einstellung des Reiches zu Litauen fehlte, fasste die Regierung den Entschluss, selbst eine Delegation zur Klärung der laufenden Fragen nach Berlin zu entsenden. Diesen Schritt verhinderten die im Innern des Landes herausbeschworenen Schwierigkeiten, die sich in Form der Unstimmigkeiten zwischen der litauischen Aktivistenfront und dem "Geležinis Vilkas" äusserten und die derartige Pläne der Regierung durchkreuzten. Seit den ersten Julitagen waren die Beratungen, Sitzungen und beiderseitige Klarmachungen mit den Voldemarasanhängern im Gange, die die Forderung aufgestellt hatten, die Front der litauischen Aktivisten aufzulösen und an ihrer Stelle eine neue nationalistische politische Partei zu gründen. Gegenüber einer solchen Gründung nicht negativ eingestellt, in der Bestrebung hin, eine Reihe von Anhängern der Voldemarasrichtlinie an die positive schöpferische Arbeit heranzuziehen, konnte die Regierung aber keine gemeinsame Formel finden, die beiden Seiten hätte befriedigen können. Umso mehr war es schwierig als die Forderungen der Voldemarasanhänger, wie sie selbst es erklärt hatten, ohne den Einfluss von aussen fortlaufend grösser wurden, während die erzielten bzw. angenommenen Vereinbarungen immer wieder angelehnt oder geändert wurden. In der Nacht vom 23. auf 24. Juli haben die Voldemarasanhänger durch Gewalt die Kommandantur in Kaunas sowie das Bataillon und die Polizei in ihre Hände gerissen. Ein Major der ehemaligen litauischen Armee Pyragius, zur Zeit beschäftigt bei den deutschen Truppen, hat nachts eine Forderung an den General Raštikis telephonisch gestellt, den Befehl zur

übergabe der Kaunaer Kommandantur an ihn, Pyragius, zu erteilen. Als General Raštikis sich weigerte, dies zu tun, hat Herr Pyragius unter anderem "im eigenen Namen sowie im Namen seiner Ideengenossen" erklärt, dass er "die Gewalt anwenden wird, denn er handelt mit der Zustimmung der deutschen Heeresleitung und im Einvernehmen mit der deutschen Sicherheitspolizei". Obwohl General Pohl auf die Frage des Generals Raštikis erklärt hat, dass der deutschen Militärverwaltung in Kaunas nichts von diesen Ereignissen bekannt gewesen sei, obwohl General Raštikis dem Kommandanten Bobelis verboten hatte, seinen Posten formell zu übergeben, haben jedoch die anderen deutschen Stellen den durch die Ereignisse der Nacht neuernannten Kommandanten respektiert und die dadurch entstandene Lage gebilligt. Auf diese Weise wurde die Lage der provisorischen Regierung in ihrer Bestrebung hin, die vorhergewesene normale Lage wiederherzustellen und die Tätigkeit sowie die Menschen der litauischen Aktivistenfront und des "Geležinis Vilkas" zu koordinieren, erschwert.

Die Regierung sollte auf die Schwierigkeiten stossen nicht nur bei der Konsolidierung des Volkes, sondern auch bei der Zentralisierung der einzelnen Regionen Litauens zum einheitlichen Staatsleben des Landes. Besonders war es für die Regierung schwierig, die Verbindung mit Vilnius und seinem Hinterland aufrechtzuerhalten. Indem Vilnius zum Macht- und Wirkungsbereich einer anderen Armee angehörte und indem das provisorische Komitee von Vilnius die unzweideutige Anweisung des Vilnaer Feldkommandanten erhielt, den Befehlen der in Kaunas residierenden litauischen provisorischen Regierung keine Folge zu leisten, konnte das Vilnaer provisorische Komitee keine feste Verbindung mit der Regierung herzustellen. Als der Präsident des Komitees Prof. St. Žakevičius einmal den Wunsch äusserte, sich nach Kaunas zur Beratung und zur Werbung der für den Verwaltungsapparat so dringend notwendigen Arbeitskräfte zu begeben, erhielt er am 11. Juli 1941 vom Chef der Kriegsabteilung der 403. Sicherungsdivision eine negative Antwort, in der u.a. gesagt wurde, dass eine solche Reise zur Aussprache mit der litauischen Regierung noch mehr Unstimmigkeiten unter den deutschen Stellen, "denen die anfängliche recht übereilige Staatenfabrikation noch im Ohre klingt", hervorgerufen könne. Bei ihrem Wunsch, in einem engen Kontakt mit dem Vilnaer Komitee zu stehen, entsandte die Regierung mehrmals ihre Vertreter nach Vilnius, um dort die für uns sich recht ungünstig entwickelnden litauisch-polnischen Verhältnisse, auf die die deutschen Stellen ebenfalls gewirkt haben, zu prüfen.

Es wurden Anweisungen für Vilnius gegeben, es wurde der gegenseitige Informationsaustausch gepflegt, jedoch war eine enge Ver-

bindung zwischen Kaunas und Vilnius wegen der deutschen Hindernisse nicht möglich. Über diese Frage wurde eine Denkschrift der Dienststelle des Generals von Rock eingereicht, blieb es jedoch ohne ein greifbares Ergebnis.

Trotz der Tatsache, dass es im Verkehrswesen sowie in der Post- und Telephonverbindung keine Besserung eintratt, bemühte sich die Regierung, um den Kontakt mit der Provinz mit allen Mitteln möglichst zu fördern. Nur die Beziehungen mit den offiziellen deutschen Kreisen blieben auch weiterhin ungeklärt und unbestimmt. Die einzelnen litauischen Stellen und Ministerien haben alles mögliche ersucht, haben jede Willkür, jede Ungerechtigkeit geduldet, um dienwirtschaftlichen Bedürfnisse der Deutschen zufriedenzustellen. Seit Mitte Juli wurde eine neue Tendenz immer klarer, die Tendenz nämlich, dass die Deutschen von den litauischen Verwaltungsstellen nicht nur bedient werden wollen, sondern dass sie die litauischen Behörden selbst ihrer direkten Aussicht unterstellen wollen. Im Juli wurden die verstaatlichten Grossgrundstücke /Sovchose/ von entsprechenden deutschen Organen übernommen. Derselbe Versuch war auch auf Gebiet der Fortswirtschaft festzustellen, die Ende Juli von den Deutschen übernommen wurde. Diese Tendenzen haben es gezeigt, dass die Deutschen nicht die Absicht haben, die Führung der litauischen Wirtschaft der Regierung zu überlassen. Die diebezüglichen Verordnungen der Regierung wurden zunichtgemacht.

Seit dem 25. Juli trat die deutsche Zivilverwaltung in ihre Tätigkeit ein. Am 28. Juli wurden die Vertreter der vier Ministerien vom neu angekommenen Gebietskommissar der deutschen Zivilverwaltung für Kaunas-Land SA Obergruppenführer Lentzen zu sich berufen. Seine Erklärungen haben nichts klares hervorgebracht.

Endlich, am 30. Juli wurden die Aufrufe vom 28. Juli des Reichskommissars für das Ostland und des Generalkommissars für Litauen veröffentlicht, durch die die Regierung jeder Voraussetzung zum Landesverwalten geraubt wurde und durch die sowohl die Existenz der litauischen Regierung als auch das Fortbestehen eines unabhängigen Litauens verneint wurden. Die neuen Gebote der deutschen Zivilverwaltung, die Besetzung der Behörden ohne das Einvernehmen mit Entfernung der provisorischen Regierung selbst von ihren Arbeitsräume machten die Arbeitsbedienungen für die litauische provisorische Regierung unmöglich.

Auf Einladung des Generalkommissars für Litauen erfolgte am 5. August 1941 die erste Aussprache zwischen ihm und der litauischen provisorischen Regierung. Der Generalkommissar hat dem Ministerrat offiziell erklärt, dass die Regierung nicht mehr existieren könne und dass der Generalkommissar die ganze Staatsgewalt

in Litauen in seine Hände übernimmt und seine Generalräte selbst bestimmt."

- In Anbetracht der Aufrufe an die Litauer des Reichskommissars für das Ostland und des Generalkommissars für Litauen vom 28. Juli dieses Jahres und in Anbetracht der offiziellen Erklärung des Generalkommissars für Litauen, die er an die litauische Regierung am 5. August dieses Jahres abgegeben hat und in der es heisst, dass die Regierung des Grossdeutschen Reiches selbst wegen der durch diesen Krieg geschaffenen Bedingungen die ganze Zivilverwaltung Litauens übernimmt und dass es von jetzt ab zu betrachten ist, dass die litauische Regierung ihre Tätigkeit eingestellt hatte, beschliesst die litauische provisorische Regierung, dass ihre Tätigkeit in Anbetracht dieser Tatsachen gegen ihren Willen eingestellt ist.

.....

J. Abrazevičius,
Stellvertretender Ministerpräsident
Kultusminister.

General S. Raštikis,
Landesverteidigungsminister

M. Mackevičius,
Justizminister

P. Vainauskas,
Handelsminister

Dipl. Ing. V. Landsbergis-Žemkalnis
Kommunalminister

Dr. J. Pajaujis,
Minister für Arbeit und
soziale Fürsorge

J. Matulionis,
Finanzminister

Prof. B. Vitkus,
Landwirtschaftsminister

Oberst J. Šlepetys,
Innenminister

Dr. Ing. A. Damušis,
Industrieminister

Dr. K. Vencius,
Gesundheitsminister

Dipl. Ing. A. Novickis,
Verkehrsminister

Dr. Sakalauskas,
Protokollchef des Ministerrates.

D E N K S C H R I F T

über die rechtliche Lage und die tatsächlichen Verhältnisse in Litauen nach der Beendigung der bolschewistischen Okkupation.

Nachdem wir den Aufruf des Herrn Reichskommissars für das Ostland vom 28. Juli ds. Js. sowie Ihren Aufruf an die Litauer desselben Datums kennen gelernt haben, beehren wir uns, im Namen der provisorischen litauischen Regierung folgendes zu Ihrer gefälligen Kenntnis zu bringen:

I. Die eigenstaatliche Tradition ist eine der ältesten Traditionen des litauischen Volkes. Seit seiner Gründung neigte der litauische Staat deutlich zur westlichen Kulturgemeinschaft und wurde dadurch zum Schutzwall, der die westliche Kultur vor den von Asien eindringenden tartarischen Horden und den unter tartarischem Einfluss stehenden Russen schützte. Der litauische Staat hat mehrere Perioden durchlebt: die Periode der Konsolidierung des litauischen Staates /XIII Jahrhundert/, die der Erstarkung und Expansion /XIV-XV Jahrhundert/, die der Union mit Polen /XVI-XVIII/, des Verfalls des litauischen Staates und schliesslich seine Wiederaufrichtung im Jahre 1918 unter moralischer und materieller Unterstützung Deutschlands.

Nach einer langen Zeit destruktiver russischer Herrschaft durchlebte der litauische Staat in den Jahren 1918-1940 eine Periode starker nationaler Aktivität und des kulturellen sowie wirtschaftlichen Aufbaues, bis die Invasion der Bolschewisten in Litauen, nach welcher /1940-1941/ der Existenzkampf des litauischen Volkes gegen den russischen Imperialismus folgte, dieser schöpferischen Tätigkeit ein Ende machte.

Obwohl die Union mit Polen schädliche Folgen für Litauen nach sich zog, war doch der litauische Staatsgedanke nicht einen Augenblick aus dem litauischen Nationalbewusstsein verschwunden. Träger der Staatsidee des litauischen Volkes war zunächst der litauische Adel; weiter wurde diese Idee in den breiteren Volksschichten immer populärer, bis diese Entwicklung ihren jetzigen Zustand erreichte, indem der litauische Bauer und der litauische Arbeiter sich vielfach als eifrigsten Verächter des litauischen Staatsgedankens erwiesen. Als Beispiel ist das Heer zu nennen, das hauptsächlich aus Söhnen von Bauern und Arbeitern besteht, und welches, trotz den grössten Anstrengungen seitens der Bolschewisten moralisch weder gebrochen noch verletzt werden konnte.

Im Zusammenhang mit der staatlichen Ueberlieferung Litauens wäre die Bedeutung der Stadt Vilnius, die diese im litauischen Nationalbewusstsein hat, hervorzuheben. Seit dem XIV Jahrhundert war Vilnius die Hauptstadt Litauens und gleichzeitig die teuerste Stätte eines jeden Litauers. Vilnius war seit jeher das Zentrum des litauischen geistigen, kulturellen und administrativen Lebens. Vilnius hat Litauen mit Polen in den letzten 20 Jahren einen Kampf mit dauernder moralischer und politischer Unterstützung

des Reiches geführt.

II. Der erste Staat, der das unabhängige Litauen im Jahre 1918 anerkannte, war Deutschland; im Jahre 1918 hat Deutschland allein die litauische Regierung bei dem Beginn ihrer Aufbauarbeit aktiv unterstützt. Die Wiederherstellung des unabhängigen litauischen Staates im Jahre 1918 steht in keinem Zusammenhang mit dem Versailler Diktat und seinen Urhebern. Im Gegenteil, Litauen wurde im Jahre 1918 gegen Willen der Alliierten wieder aufgerichtet; diese planten eine Vereinigung Litauens mit Polen durch Union oder Föderation.

Soweit in den folgenden 20 Jahren der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Litauen und Deutschland zu regelnde Fragen entstanden, wurden diese durch den Vertrag vom 22. März 1939 bereinigt; hiermit wurde der Weg zu einer freundschaftlichen Gestaltung der Beziehungen zwischen beiden Ländern eröffnet /s. die Einleitung dieses Vertrages/.

III. Die Eingliederung Litauens in die Sowjetunion war ein Gewaltakt, durch welchen Litauen sich nie zu irgendwelchen Verpflichtungen gezwungen sah.

Unter Benutzung der ihr günstigen internationalen Lage hat die Sowjetunion Litauen ein gegenseitiges Hilfeleistungsabkommen aufgezwungen. Auf Grund dieses Abkommens errichtete sie ihre Garnisonen in Litauen und wartete einen geeigneten Zeitpunkt ab. Dann, im Juni des vorigen Jahres als Deutschland seine Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die Westfront gerichtet hatte, drangen sowjetrussische Truppen unter dem Vorwande, Litauen habe das gegenseitige Hilfeleistungsabkommen verletzt, in Litauen ein. Tatsächlich verfolgte die Sowjetunion jedoch das Ziel, Litauen zu besetzen und damit eine günstige strategische Position gegenüber Deutschland einzunehmen. Dies geht klar und eindeutig aus dem Aufrufe des Führers an das deutsche Volk vom 22. Juni 1941 sowie aus der Note der Reichsregierung vom 21. Juni 1941 an die Regierung der Sowjetunion hervor.

Wie Sowjetunion begnügte sich nicht mit der militärischen Besetzung Litauens, sondern hatte schon im voraus eine Sowjetisierung Litauens und dessen Eingliederung in die Sowjetunion beabsichtigt, ungeachtet des offenen Widerstandes aller Litauer gegen diese Pläne Sowjetrusslands.

Während der Zeit der grössten Machtentfaltung der kommunistischen Regierung gab es in Litauen 2.500 Kommunisten /s. den Rechenschaftsbericht in der V. Generalversammlung der litauischen kommunistischen Partei. "Tarybų Lietuva" Nr. 35, vom 12. Februar 1941/. Es ist aber zu bemerken, dass es unter diesen 2.500 Kommunisten nur einen geringen Prozentsatz von Litauern gab. Jedoch ist es selbstverständlich, dass man den Willen von 2.500 Menschen 3.000.000 Einwohnern, die sich zum grössten Teil mit Ackerbau befassen und somit eifrige Verächter des Privateigentums waren, nur auf gewaltsame Weise aufzwingen kann. Es wurden Wahlen in die sogenannte Volksver-

treten veranstaltet. Als Kandidaten wurden nur von der kommunistischen Partei ausgesuchten Personen aufgestellt. Die Einwohner wurden unter Drohung gezwungen an die Wahlurnen zu gehen, nachdem die führenden politischen Persönlichkeiten vorher verhaftet worden waren. Die auf diese Weise "gewählte" Volksvertretung bat, gegen den Willen des ganzen Volkes, Litauen in die Sowjetunion aufzunehmen. Alles dies geschah, nachdem Litauen von sowjetrussischen Truppen geradezu überflutet worden war und unter dem Rasen des roten Terrors. Das ganze litauische Volk hält daher diese Eingliederung Litauens in die Sowjetunion für einen Gewaltakt, welcher Litauen keinerlei Verpflichtungen auferlegt. Die diplomatischen Vertreter Litauens im Auslande, die allein die wahre Meinung Litauens ungehindert ausdrücken konnten, protestierten gegen diesen Gewaltakt.

Das ganze litauische Volk wartete nur auf die Gelegenheit, sich der ihm aufgezwungenen Gewaltherrschaft zu entledigen und bildete, sobald der Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion ausbrach, eine litauische Regierung, welche die Wiederherstellung des unabhängigen Litauen am 23. Juni in Kaunas proklamierte und sofort den offenen Kampf gegen die noch in Kaunas und im grössten Teil Litauens befindlichen sowjetischen Besatzungstruppen begann. In diesem Freiheitskampf fanden über 4.000 Partisanen und Soldaten der regulären litauischen Truppe ihren Heldentod.

IV. Die Kämpfe im Innern Litauens gegen den Bolschewismus wurden von der litauischen Aktivistenfront geleitet, die in sehr kurzer Zeit die aktive litauische Jugend um sich versammelte; die streng nationale und antikommunistische Einstellung dieser Jugend ist dem deutschen Nationalsozialismus ideologisch verwandt; trotz grausamsten bolschewistischen Terrors und schwersten Handlungsbedingungen vereinigte diese Organisation in sehr kurzer Zeit in sich etwa 36.000 Menschen. Die Tätigkeit dieser Aktivisten gegen den Bolschewismus erfreute sich der grössten Sympathie im ganzen Lande, sodass, nach Beginn der Kriegshandlungen im Osten, die Bewegung der Aktivisten von 100.000 Partisanen und Teilen des regulären litauischen Heeres unterstützt wurde, und nach einem Plan, der deutschen Heeresleitung die ihr gestellten Aufgaben erfüllte. Die vorläufige litauische Regierung, die die Wiederherstellung des unabhängigen Litauens proklamierte, ist mit der einmütigen Zustimmung der Aktivistenfront, der Partisanen und des ganzen litauischen Volkes gebildet worden. In dem sie die Wiederaufrichtung des unabhängigen Litauens proklamierte, erfüllte sie den Willen des Volkes. Ihre Aufgabe ist es, bei aller nur möglichen Hilfeleistung gegenüber der nach Osten marschierenden deutschen Wehrmacht, die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten und die Staatsgewalt der gemäss der litauischen Verfassung gebildeten litauischen Regierung zu übergeben.

V. Die gewaltsame Eingliederung Litauens in die Sowjetunion hat die Existenz des litauischen Staates nicht aufgehoben. Dieser Gewaltakt

hat weder Litauen noch anderen Staaten irgendwelche Verpflichtungen auferlegt. Falls von irgenwelcher Seite die Eingliederung Litauens in die Sowjetunion als rechtmässig angesehen werden würde, so hat doch dieser litauische Staat rechtlich seine Souveränität nicht eingebüsst. Der Artikel XV der Verfassung der UdSSR bestimmt folgendes:

"Die Souveränität der Bundesrepubliken ist nur innerhalb der im Artikel XIV der Verfassung der UdSSR angegebenen Grenzen beschränkt. Ausserhalb dieser Grenzen übt jede Bundesrepublik die Staatsgewalt selbständig aus. Die UdSSR schützt die souveränen Rechte der Bundesrepubliken".

Hierzu ist zu bemerken, dass, gemäss dieser selben Verfassung /Artikel XVII/, jede Bundesrepublik das Recht hat, aus der Sowjetunion frei auszutreten. Eine besondere Form für diesen Austritt ist nicht festgesetzt. Falls daher entgegen den elementarsten Grundsätzen des Rechtes Litauen für rechtlich in die Sowjetunion eingegliedert gehalten werden sollte, so hat die Regierung Litauens, als sie die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Litauens bekanntgab, und den offenen Kampf gegen die Sowjetunion begann, von ihrem Recht, aus der Sowjetunion auszutreten, Gebrauch gemacht.

Sowohl in einem als auch in anderem Falle, ganz gleich, ob man die Eingliederung Litauens in die Sowjetunion als einen nicht rechtmässigen Akt ansieht, dessen Folgen zugleich mit der tatsächlichen Gewalt der Sowjetmachthaber in Litauen verschwunden sind, oder ob man den Eintritt Litauens in die Sowjetunion als rechtmässig ansieht - in jedem Falle hat die Tatsache der Eingliederung jetzt ihre Gültigkeit verloren.

Folglich kann Litauen nicht anders als unabhängiger Staat betrachtet werden.

VI. Nachdem tatsächliche sowjetische Gewalt in Litauen verschwunden ist, verliert auch die gewaltsame Eingliederung Litauens in die Sowjetunion ihre Gültigkeit. Es wäre unverständlich, falls irgendein Litauen befreundeter Staat der Ansicht wäre, dass die Litauen angetane Gewalt /Eingliederung in die UdSSR/ auch jetzt noch irgendwelche Bedeutung gegenüber Litauen oder einem anderen Staat besitze. Da nach Aufhören der tatsächlichen sowjetischen Macht in Litauen die rechtliche Lage Litauens - seine Unabhängigkeit - als wiederhergestellt anzusehen ist, so ist es durchaus selbstverständlich, dass jetzt kein Anlass dazu vorhanden ist, Litauen für einen Teil der Sowjetunion zu halten. Und da Litauen nicht mehr als ein Teil der Sowjetunion anzusehen ist, so darf auch Litauen keinesfalls wie ein besetztes feindliches Gebiet behandelt werden.

Falls Litauen in diesem Augenblick als im Kriegszustand befindlich anzusehen ist, so doch nur mit der Sowjetunion. Die Teile der regulären litauischen Armee, welche zwangsläufig in die rote Armee eingereiht worden waren, begann, soweit es ihnen möglich war, den Kampf gegen den Kommunismus und die rote Armee. Sie haben sehr viele nützliche Aufgaben erfüllt, beson-

ders im Kampf um Vilnius, was auch der deutschen Heeresleitung nicht unbekannt ist.

Die Kämpfe der Partisane Litauens gegen die rote Armee sind der deutschen Heeresleitung ebenfalls bekannt.

Auch ist es zu betonen, dass sowohl die regulären litauischen Soldaten als auch die Partisane in den Kampf gegen die rote Armee nicht allein sondern nach einem mit der deutschen Heeresleitung vorher verabredeten Plan gegangen sind.

Daher wäre die Ansicht, dass Litauen als besetztes feindliches Gebiet anzusehen ist, nicht nur juridisch verfehlt, sondern auch moralisch ungerecht.

VII. Die provisorische litauische Regierung hat sofort, sowohl in Berlin als auch in Kaunas, Schritte unternommen, um Fühlung mit der Reichsregierung aufzunehmen in der Absicht, ihren Dank für die Befreiung Litauens ihren Willen zur freundschaftlichen Zusammenarbeit und ihre Bereitschaft, der deutschen Wehrmacht beim Ostfeldzug mit allen Mitteln behilflich zu sein, zum Ausdruck zu bringen.

Es muss mit Bedauern festgestellt werden, dass ihr dieses nicht gelungen ist.

Trotzdem hat sich die Lage in Litauen im Monat Juli so gestaltet, dass die deutsche Militärverwaltung die litauische provisorische Regierung als tatsächlich existierend hinnahm und sie zur Mitarbeit heranzog. Dadurch ermutigt, hat die litauische provisorische Regierung unter sehr schweren Bedingungen in kurzer Zeit staatliche Behörden und örtliche Selbstverwaltungen wieder aufgerichtet: sie hat sich bemüht, die Abnormitäten des Sowjetsystems abzuschaffen und zu den normalen Verhältnissen, wie sie vorher in Litauen bestanden, zurückzukehren. Sie hat bereits den wirtschaftlichen Aufbau des Landes in Gang gebracht, konnte aber gewisse Probleme ohne das Einvernehmen mit den deutschen Stellen nicht lösen. Die litauische Regierung, der Dringlichkeit dieser Probleme bewusst, wartete daher ungeduldig auf die Möglichkeit der Fühlungnahme mit der Reichsregierung.

Zu unserem grössten Bedauern müssen wir feststellen, dass in dem Aufruf des Reichskommissars für Ostland, ebenso wie in Ihrem Aufruf, Herr Generalkommissar, der Tatsache, dass eine provisorische litauische Regierung existiert, nicht Rechnung getragen wird, sowie überhaupt die Aussichten auf das staatliche Eigenleben des litauischen Volkes mit Schtilschweigen übergangen worden ~~sind~~ sind.

Zusammen mit dem ganzen litauischen Volke spüren wir ein Gefühl der Dankbarkeit an das deutsche Volk für die Befreiung unseres Landes von dem bolschewistischen Joch. Gleichzeitig halten wir aber es für unsere Pflicht, darauf hinzuweisen, dass die Befriedigung der materiellen Bedürf-

nisse allein für die nationalen Bestrebungen des litauischen Volkes nicht ausreicht, da dieses auf eigene Kulturentfaltung im eigenen staatlichen Leben nicht verzichten kann. Wir sind fest überzeugt, dass das Fortbestehen eines unabhängigen Litauen mit freundschaftlicher Unterstützung des Grossdeutschen Reiches durchaus in die Neuordnung Europas passt. Andererseits dürfen wir nicht verheimlichen, dass die Enttäuschung der Erwartungen der Litauer auf staatliches und nationales Wiederaufstehen eine grosse Niederlage im Volke hervorrufen würde.

Stets bestrebt, das enthusiastische Freundschaftsgefühl des litauischen Volkes dem Deutschen Volke gegenüber zu erhalten und zu festigen, bitten wir Sie, Herr Generalkommissar, durch den Reichskommissar für das Ostland an den Führer des Grossdeutschen Reiches Adolf Hitler und an die siegreiche deutsche Wehrmacht den Dank unseres Volkes für seine Befreiung zu übermitteln und die oben geschilderte rechtliche und tatsächliche Lage Litauens darzustellen.

Wir geben uns der Hoffnung hin, dass die Führung des Deutschen Reiches, auf die dauernde Freundschaft des litauischen Volkes bedacht, das Fortbestehen des litauischen Staates anerkennen wird. Das litauische Volk wird auf diese Anerkennung warten tief überzeugt von der Gerechtigkeit des deutschen Volkes und seines Führers.

Gleichzeitig erklären wir, dass das litauische Volk herzlich bereit ist, mit dem Großdeutschen Reich positiv zusammenzuarbeiten, besonders bei seinem Feldzuge für die Befreiung der Völker und Vernichtung des Bolschewismus, sowie bei der Neuordnung Europas.

Kaunas, den 5. August 1941.

Prof. J. Ambrazevičius,
Stellvertretender Ministerpräsident, Kultusminister

M. Mackevičius,
Justizminister

J. Matulionis,
Finanzminister

Prof. B. Vitkus,
Landwirtschaftsminister

Dr. Ing. A. Damušis,
Industrieminister

Dr. K. Vencius,
Gesundheitsminister

Oberst J. Šlepetys,
Minister des Innern

P. Vainauskas,
Handelsminister

Dr. Ing. V. Landsbergis-Žemkalnis,
Kommunalminister

Dr. J. Pajaujis,
Minister für Arbeit und Sozialfürsorge

Dipl. Ing. A. Novickis,
Verkehrsminister

General St. Raštikis,
Landesverteidigungsminister,

A U F R U F

L i t a u e r !

✓ D u r c h Erlass vom 17. Juli 1941 hat mich der Führer des Grossdeutschen Reiches

Adolf Hitler

zum "reichskommissar für das Ostland" ernannt. In dieses Gebiet ist auch der ehemalige Freistaat Litauen eingeschlossen.

Ebenso hat der Führer mit Erlass vom gleichen Tage für das Gebiet des ehemaligen Freistaates Litauen

Herrn Dr. Adrian von Renteln

als Generalkommissar eingesetzt. Generalkommissar Dr. von Renteln ist mir als dem Vertreter der Reichsregierung für das Reichskommissariat Ostland für die Durchführung aller Erlasse und Verordnungen der Reichsregierung bzw. meiner eigenen in Litauen verantwortlich. Seinen eigenen Erlassen und Verordnungen innerhalb dieses Gebietes ist in jedem Falle Folge zu leisten.

Ich richte zunächst an die Bevölkerung der Gebiete südlich der Düna bis einschliesslich der Grenzen des ehemaligen Freistaates Litauen die Aufforderung, sich der mir gestellten Aufgabe, Ordnung und Arbeit in diesen Gebieten wieder herzustellen, mit aller Kraft und geschlossen zur Verfügung zu stellen.

Der Bolschewismus bedrohte ganz Europa. Er war auf dem Marsch, Deutschland zu überfallen, er hat auch Euch furchtbarste Wunden geschlagen. Wenn dieser Weltfeind noch einige Jahre bei Euch gehaust hätte, dann wäre Euch von Eurem Gut und Eurem Volke nicht übrig geblieben. Die Bolschewistenführer hätten Euch nach Sibirien verschleppt, Euch ausgeraubt und ermordet. Mit diesem Einsatz ihres Blutes hat die Wehrmacht des deutschen Volkes den bolschewistischen Weltfeind niedergeschlagen, jeder wird daher begreifen, dass dieses deutsche Volk jetzt damit die Pflicht und das Recht übernommen hat, die Verhältnisse so zu gestalten, dass niemals mehr eine ähnliche Gefahr die Traditionen der Völker Europas, ja ihr ganzes Dasein neu zu bedrohen.

Jene, die Euch in den letzten zwanzig Jahren so viel Freiheit versprochen hatten, glaubten, in dem Ausspielen zwischen der

Sowjetunion und dem Deutschen Reiche ihre Politik betreiben zu müssen. In dem Augenblick aber, als das Deutsche Reich, angesichts eines englischen Überfalles, auf bestimmte Gebiete im Osten als seine Interessensphäre verzichtete, da zeigte sich diese für Euch alle verhängnisvolle Haltung in ihrer wahren Gestalt. Die Sowjetunion konnte Euch widerstandslos überfallen.

Trotz allem, was dem Deutschtum an Schaden zugefügt wurde und was an Angriffen gegen das nationalsozialistische Deutsche Reich geschehen ist, wird die Reichsregierung sich im Interesse Eurer Wohlfahrt bemühen, Euch Arbeit, Brot und fortschreitende Entwicklung zu sichern, Jedoch muss die deutsche Verwaltung fordern, dass ihre Anordnungen unbedingt befolgt werden; denn sie dienen nur diesem einen Ziel: der Sicherheit des Landes und der Sicherstellung Eures Lebens. Die deutsche Verwaltung wird Eure Vertreter in den Gemeinden und Städten zur Mitarbeit heranziehen. Sie wird nötigenfalls Vertrauensmänner aus Eurem Volk bestellen, durch die Eure Wünsche dem Reichskommissar, dem Generalkommissar und den Gebietskommissaren übergeben werden können, und sie wird Euch Schutzorgane bilden lassen für die Sicherheit Eurer ganzen Arbeit und Eures Lebens.

Ich erwarte, dass die ganze Bevölkerung meinen Anweisungen Folge leisten wird, um die schweren Wunden zu heilen, die der bolschewistische Weltfeind auch Euch geschlagen hat. Erst dann wird in Zukunft wieder Kultur und Wohlfahrt erstehen, erst dann werdet Ihr alle im Frieden leben können. Das Deutsche Reich gibt Euch die Möglichkeit dazu. Es liegt jetzt an Euch, diese Möglichkeit auszunutzen.

Kauen, den 28. Juli 1941.

L o h s e

Reichskommissar für das Ostland.